

16. Landtag von Baden-Württemberg, 137. Sitzung
Mittwoch, 16. Dezember 2020, 9.00 Uhr

Rede

Innenpolitischer Sprecher

Thomas Blenke MdL

Zur Großen Anfrage der CDU-Fraktion und Antwort der Landesregierung Ausschreitungen in Stuttgart am 20./21. Juni 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

Thomas Blenke MdL:

Guten Morgen Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir alle haben noch die Bilder der Ausschreitungen in der besagten Juninacht in Stuttgart vor Augen, Bilder, die die Menschen zutiefst verunsichert haben, Bilder, die uns erschüttert haben. Was passiert ist, wissen wir alle. Aus einer fröhlichen Menschenmenge explodierte plötzlich sinnlose Gewalt. Mehr braucht man heute dazu gar nicht mehr zu berichten.

Wir Innenpolitiker der CDU – der Innenminister war auch zugegen – haben wenige Tage später mit Polizisten gesprochen, die in dieser Nacht im Einsatz waren. Wir sprachen mit dem Beamten, der durch einen Kung-Fu-Tritt umgeworfen wurde – ein paar Zentimeter höher, und er wäre querschnittsgelähmt. „So etwas habe ich noch nie erlebt“, erzählt er uns.

Im Streifendienst will er dennoch bleiben, weil ihm die Tätigkeit gefällt. Wir sprachen mit der jungen Beamtin, die in den ersten Minuten getrennt von den Kollegen und bevor sie ihre Schutzausrüstung anlegen konnte, einen Rettungswagen, indem gerade ein Verletzter behandelt wurde, gegen Steinewerfer schützte. „Ich konnte nicht viel machen“, sagte sie uns, „aber Aufgeben kam für mich nicht infrage.“

Meine Damen und Herren,
ich verneige mich vor diesen Polizistinnen und Polizisten.

Herr Innenminister Strobl, Sie haben dem Kabinett jüngst über den aktuellen Ermittlungsstand berichtet. Es freut uns, dass Sie uns heute im Parlament – das haben wir so gesteuert – über die aktuelle Lage berichten können. Mein aktueller Stand Anfang Dezember war: 114 Tatverdächtige ermittelt, drei Viertel von diesen sind 21 Jahre und jünger, 92 % männlich – zu drei Vierteln mit Migrationshintergrund –, 74 Haftbefehle wurden ausgestellt – alles Stand Anfang Dezember; vielleicht haben sich die Zahlen inzwischen weiterentwickelt. Mittlerweile sind auch erste Urteile gesprochen worden. Erst vor wenigen Tagen wurde ein 18-Jähriger zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt – wohlgermerkt: nach Jugendstrafrecht.

Die CDU dankt der Justiz, dass sie eine Sprache spricht, die diese Herrschaften auch verstehen. Nebenbei bemerkt würde ich mir allerdings wünschen, dass volljährige Täter häufiger nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden. Auf Polizisten und Rettungskräfte einzuprügeln ist keine jugendtypische Verfehlung, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es gilt nun, Lösungen zu finden, wie die Gewaltbereitschaft insgesamt eingedämmt werden kann. Respekt vor Polizisten, Respekt vor Rettungskräften, Respekt vor dem Eigentum anderer sind Tugenden, die wir manchen anscheinend erst wieder beibringen müssen. Wir leben in einem großartigen Land, in einem freien Land. Wir wollen, dass sich die Menschen in unserem Land sicher und ohne Angst auf den Straßen bewegen können – auch nachts.
Wir wollen, dass Großeltern mit ihren Enkeln, Eltern mit ihren Kindern, alle friedliebenden Bürger entspannt und sicher am Leben draußen teilnehmen können – wann auch immer, zu welcher Tageszeit sie es auch wollen.

Deshalb war es zur Zeit der Koalitionsverhandlungen auch mir persönlich besonders wichtig, dass wir ein Projekt „Sicherer öffentlicher Raum“ in den Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz mit aufgenommen haben. Angsträume dürfen erst gar nicht entstehen. Dazu gehören auch alle Formen der Straßenkriminalität. Wir wollen ein Baden-Württemberg, in dem sich die Menschen frei und

sicher fühlen. Auch ältere Menschen sollen sich bei Dunkelheit noch auf die Straßen trauen. Die junge Frau soll nachts angstfrei mit der Straßenbahn heimfahren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
zur Freiheit gehört auch, das Grundrecht an friedlichen Demonstrationen teilzunehmen. In diesem Zusammenhang bereitet uns die „Querdenken“-Bewegung Kopfzerbrechen. Natürlich darf man Coronamaßnahmen kritisieren und auch dagegen demonstrieren. Aber zunehmend mischen sich radikale Reichsbürger und andere Verfassungsfeinde unter friedliche Demonstranten. Sie hier am rechten Rand sind auch immer ganz gern mit dabei.

Deshalb appelliere ich an alle, die legitimen Protest ausdrücken wollen: Wenn neben Ihnen einer eine Reichsflagge schwenkt, dann sind Sie definitiv in falscher Gesellschaft. Wenn der Verfassungsschutz Rädelsführer im Auge hat, gilt dies erst recht. Herr Innenminister, vielen Dank für das konsequente Handeln auch unseres Verfassungsschutzes. Wir sollten in diesem Bereich Prävention und Aufklärung verstärken, verhindern, dass sich Menschen, die friedlich protestieren wollen, die mit staatlichen Maßnahmen unzufrieden sind, durch die Teilnahme an solchen Veranstaltungen, an solchen Demonstrationen nicht radikalisieren.

Wir alle, meine Damen und Herren, leiden unter den Freiheitsbeschränkungen. Aber man kann doch nicht die Augen vor der Realität verschließen: fast 600 Tote täglich, Intensivbetten bald voll, Beatmungsplätze werden knapp. Meine Damen und Herren, vor dieser Realität kann man die Augen nicht verschließen.

Jetzt fragen Sie sich vielleicht: Was haben Coronademonstrationen mit den Ausschreitungen in Stuttgart zu tun? Dann kann ich nur sagen: Eine ganze Menge.

Leider wird deutlich, dass es in unserer Gesellschaft Entwicklungen gibt, die große Sorgen bereiten. Es fehlt immer häufiger an Respekt. Ich sage es klar und deutlich: Wir dulden keine Gewalt gegen Polizei, wir dulden keine Gewalt gegen Rettungskräfte, die den Menschen helfen wollen! Wir gehen nicht zur Tagesordnung über, wenn unsere Innenstädte plötzlich des nachts zu Schlachtfeldern verwandelt werden. Wir gehen dann nicht zur Tagesordnung über, wir dulden das nicht.

Meine Damen und Herren,
das ist Gewalt gegen unseren Staat. Das ist Gewalt gegen die Gesellschaft. Das ist Gewalt gegen unser freiheitliches System. Versammlungsfreiheit ist kein Recht auf Gewalt und Extremismus.

Oder um mit Artikel 8 unseres Grundgesetzes zu sprechen: Das Grundrecht garantiert, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Das und nur das.

Das und nur das ist unser schützenswertes Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.

Auch Corona bekommen wir nur in den Griff, wenn wir einander respektieren und wenn wir aufeinander Rücksicht nehmen. Toleranz und Friedlichkeit in unseren Städten, Wertschätzung für Polizei, Wertschätzung für Rettungskräfte, für Feuerwehren und für Sanitäter, das erwarten wir von allen in unserer Bevölkerung, meine Damen und Herren.

In diesem Sinne: Bitte, bleiben Sie gesund! Und möge die gesamte Bevölkerung friedlich bleiben.

Danke schön.